

Gestartet wurde die Initiative von *Frederik Just*. Er ist Abteilungsleiter Zentrale Services bei der ZITiS. „Ende 2023, Anfang 2024 ist die Idee gereift, diese Art Netzwerk zu bilden“, erzählt er. Angetrieben habe ihn die über verschiedene berufliche Stationen auf Landes- und Bundesebene gereifte Erkenntnis, dass es bei vielen Behörden „Leuchttürme“ gebe. Gemeint sind Verwaltungsinnovationen, die es verdienen, nachgeahmt zu werden. Gleichzeitig gebe es eine große Bereitschaft öffentlicher Stellen, sich gegenseitig zu unterstützen. Nach Konzeptplanungen innerhalb der ZITiS wurde für Mitte Januar 2025 zum ersten Treffen eingeladen. Dabei habe man sich insbesondere an Führungskräfte sowie Mitarbeitende im gehobenen und höheren Dienst gewandt, die mögliche Erkenntnisse anschließend in ihre Behörden und Abteilungen tragen können.

BMI & Friends

Das erste Präsenztreffen zum Start des Netzwerks fand in München statt. Mit von der Partie waren unter anderem Angehörige des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) und Beschäftigte aus Behörden in dessen Geschäftsbereich, z. B. aus dem Bundeskriminalamt (BKA), der Bundespolizei (BPOL) und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sowie von der Deutschen Bahn und der Landeshauptstadt München. *Just* zeigte sich zufrieden, dass viele Behörden Vertreterinnen und Vertreter zu diesem Event entsandt hätten. Schließlich bestehen hohe Erwartungen der Teilnehmenden selbst und ihrer Führungskräfte, dass bei den Treffen konkrete

Suche nach dem „Next Big Thing“

MoVe-Netzwerk möchte die Verwaltung von morgen gestalten

(BS/Paul Schubert) Wie kann die Verwaltung in Zukunft aussehen? Im neu gegründeten MoVe-Netzwerk, initiiert von der Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS), tauschen sich Mitarbeitende aus verschiedenen Behörden und Organisationen über Best Practices aus. Das Anfang dieses Jahres gestartete Verknüpfungsformat soll helfen, Behördenmitarbeitende auf Bundes- und Landesebene sowie der kommunalen Ebene und in Staatsbetrieben besser zu vernetzen. Die ersten Projektideen sind bereits in Arbeit.



Höhepunkt des ersten Präsenztreffens des neuen ZITiS-Netzwerks in München: die „Transformers Night“

Foto: BS/ZITiS

Ergebnisse erarbeitet würden: „Es zeugt vom Vertrauen und der Chancenorientierung der Führungskräfte, den eigenen Teammitgliedern die aktive Teilnahme am Netzwerk zu ermöglichen“, so der Abteilungsleiter.

Talentpool und Kleinanzeigen

Mit dabei war auch *Nicole Müller* vom BSI. Die Strategiereferentin der Abteilung Z (Zentrale Aufgaben) nahm gemeinsam mit einer Kollegin aus der Personalentwicklung am Event teil. Ihr Ziel war es, Impulse aus der Praxis mitzunehmen – sie fand es positiv, über Behörden Grenzen hinweg arbeiten zu können. Auch intern gab es eine Vorbereitung: In einem Miniworkshop wurde geklärt, welche Themen für das Netzwerktreffen besonders relevant sein könnten.

Das eigentliche Netzwerktreffen

wurde – neben der Bestandsaufnahme und lockerem Austausch – mit einer „Transformers Night“ abgeschlossen. Zuvor wurden spezifische Ideen in Workshopformaten entwickelt, berichtet *Just* von der ZITiS. Spannende Ideen waren zum Beispiel ein behördenübergreifender Talentpool und eine „Kleinanzeigenbörse für Verwaltungsaufgaben und -innovationen“. Der behördenübergreifende Talentpool überzeugte Strategiereferentin *Müller* am meisten: „Eine übergreifende Plattform zu entwickeln, um identifizierte Talente gezielt in die Verwaltung zu bringen, ist auch für das BSI strategisch enorm wertvoll: Wir könnten so selbst schneller auf Fachkräfte zugreifen und gleichzeitig Talente mit spezifischen Anforderungen, für die wir aktuell keine Verwendung anbieten können, gezielt dort hinbringen, wo eben ge-

nau diese Skills gesucht werden. Wenn wir einen fähigen Bewerber leider intern ablehnen müssen, wir ihn aber weiterempfehlen können, ist das eine Win-win-Situation.“ Allerdings befinden sich beide Projekte laut *Just* noch in der Entwurfsphase.

Zentrale Plattform angestrebt

Nun werden die Projekte in die jeweiligen Behörden gespiegelt und es wird über eine mögliche Realisierung gesprochen. Der Bau einer App – zum Beispiel für die Kleinanzeigenbörse – sei dabei nur der erste Schritt: „Die spannende Frage ist: Wie kommt so etwas aufs Diensthandy? Auf welchen Anbieter können wir dabei zugehen?“, skizziert *Just* die bevorstehenden Herausforderungen. Das MoVe-Netzwerk soll jedoch nicht auf dieses eine Netzwerktreffen beschränkt bleiben. Geplant ist, sich künftig zweimal jährlich in Präsenz zu treffen sowie quartalsweise eine digitale Abstimmung durchzuführen, um die Ideen weiterzuentwickeln.

Müller zieht eine positive Bilanz: „Das MoVe-Netzwerk hat mit seinem Auftakt gezeigt, dass Zusammenarbeit, Innovationskraft und Praxisorientierung Hand in Hand gehen können. Die ersten Projekte sind angestoßen, erste Ergebnisse

sichtbar. Nun gilt es, dranzubleiben und die Projekte in die Umsetzung zu bringen.“ Hierfür beteiligen sich die Fachkolleginnen und -kollegen der Verwaltungsabteilung des BSI an einzelnen vom Netzwerk gestarteten Projekten. *Müller* resümiert, dass sich das MoVe-Netzwerk zu einer zentralen Plattform für Verwaltungstransformation entwickeln könne – mit Wirkung über Einzelbehörden hinaus. „Das BSI wird diese Entwicklung aktiv mittragen, denn für uns ist es eine wertvolle Möglichkeit, effizient die Verwaltung von morgen mitzugestalten.“

Behördenübergreifender Talentpool

Eine der Ideen aus der Transformers Night war ein behördenübergreifender Talentpool. Zukünftig sollen fähige Bewerberinnen und Bewerber nicht abgewiesen, sondern in einen gemeinsamen Pool aufgenommen werden. Dort können sich andere Behörden über die Profile informieren und geeignete Kandidatinnen und Kandidaten gezielt ansprechen.

Kleinanzeigen für Verwaltungsprojekte

Eine weitere Idee drehte sich um eine Art Kleinanzeigenbörse für Verwaltungsprojekte. Mithilfe einer App könnte es künftig möglich sein, Projektideen oder Dienstleistungen zwischen Behörden zu teilen, um bei der Projektentwicklung nachhaltiger und effizienter zu agieren. Im Idealfall ließen sich so Verwaltungsaufwände bündeln und reduzieren.

Interesse, Teil von MoVe zu werden? E-Mail an zs@zitis.bund.de!

Über kurz oder Lang

Wie werden wir digital souverän?

Eine Kolumne von **Christina Lang**

In kaum einer Sache sind wir uns im politischen Europa momentan so einig wie in dieser: Wir müssen souveräner werden. Also irgendwie unabhängiger vom militärischen Schutz der USA, nicht mehr angewiesen auf Öl aus Russland oder Technologie aus China. Nun bin ich weder Verteidigungs-, noch Wirtschaftsexpertin. Mein Steckenpferd ist der digitale Raum. Aber auch in diesem sind wir weder als EU geschweige denn als Bundesrepublik annähernd souverän.

Und das, obwohl die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass es dringend Zeit ist, etwas zu ändern. Hier sind deshalb einige Vorschläge, die uns als Staat und Verwaltung nicht nur kurzfristig souveräner, sondern auch langfristig selbstbewusster machen:

Klären wir zunächst, was „digitale Souveränität“ eigentlich ist: Sie bezeichnet die Fähigkeit, selbstbestimmt, sicher und unabhängig digitale Systeme zu nutzen, Daten zu verarbeiten und Technologien einsetzen zu können. Für Staaten bedeutet das ganz konkret: Ihre Verwaltung muss stets hand-

lungsfähig sein und flexibel auf Lösungen und Ressourcen zurückgreifen können – technisch und rechtlich wie personell.

Handlungsfähig durch Kompetenz

„Personell“ kann ich dabei nicht genug betonen, denn digitale Souveränität ist kein reines Tech-Thema. Um Server-Standorte, Cloud-Anbieter und Software-Lizenzen wählen zu können, geht es vielmehr – und vielleicht vor allem – um die Menschen, die Entscheidungen über das Digitale treffen sollen. Mitarbeitende, die verstehen, wie digitale Prozesse funktionieren. Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, die souverän sind in ihrem Tun, weil sie wissen, wovon sie sprechen. Es geht also auch um Souveränität im Sinne von Resilienz und um Handlungsfähigkeit durch Kompetenz.

Vereinfacht gesagt: Deutschland wird digital nie souverän werden, wenn die Verwaltung in zentralen IT-Fragen von wenigen Großanbietern abhängig ist und zugleich intern zu wenig Digitalkompetenz hat, Abhängigkeiten zu hinterfragen oder Alternativen zu finden.

Ende der klassischen Beamtenstruktur

Aber wie kommen wir dahin? Indem wir Mitarbeitende zur aktiven Nutzung der digitalen Möglichkeiten fortbilden und schulen. Kurzum: befähigen. Durch praxisnahe und verpflichtende Weiterbildungsmaß-

nahmen können wir ein besseres Grundverständnis für digitale Anwendungen und Entwicklungsmethoden aufbauen. Wir sensibilisieren für Gefahrenpunkte und zeigen, was Qualitätsmerkmale guter digitaler Anwendungen und Prozesse sind. Aber es braucht auch neue Profile in der Verwaltung, um interdisziplinär Digitalisierung besser umsetzen zu können. Darum muss die Verwaltung Wege und Methoden finden, neue digitale Talente anzuziehen. Voraussetzungen sind attraktive Arbeitsbedingungen, eine moderne Personalkultur und Karrierewege, die nicht auf klassischen Beamtenstrukturen basieren.

Digitale Realitäten

Im Bereich der digitalen Infrastruktur und Beschaffung sehen wir schon positive Entwicklungen: Das Zentrum für digitale Souveränität Deutschland (ZenDiS) leistet seit Ende 2022 seinen Beitrag, die Deutsche Verwaltungscloud ist in der Entstehung und auch auf europäischer Ebene gibt es eine engagierte Zusammenarbeit für digitale Lösungen. Der generelle politische Wille zur (digitalen) Souveränität ist da. Ich appelliere an aktuelle und zukünftige Entscheidungsträgerinnen und -träger allerdings stark, ebenso das Personal auf diese Realität vorzubereiten: Indem wir aktuelle Mitarbeitende fördern – aber auch, indem wir ihnen Expertinnen und Experten zur Seite stellen, die sich im Digitalen schon sehr gut auskennen. Dann können wir bald selbstbewusst vom digitalen Staat reden.



Christina Lang ist Chief Executive Officer (CEO) des DigitalService.

Foto: BS/DigitalService

Bundweiter Rollout der ePA

Elektronische Patientenakte in ganz Deutschland

(BS/cb) Die elektronische Patientenakte (ePA) kommt bundesweit zum Einsatz. Damit konnte Karl Lauterbach (SPD) das ihm zufolge „größte Digitalprojekt Deutschlands“ noch vor dem Ende seiner Zeit als Bundesgesundheitsminister auf die Zielgerade bringen. Sicherheitsbedenken bleiben.

In einem Brief des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) an die gematik, der mehreren Medien vorliegt, schrieb *Lauterbach*, „dass die Technik (der elektronischen Patientenakte, Anm. d. R.) einsatzbereit ist und sich auch die Erfahrungen bezüglich der Nutzung positiv entwickeln“. Die Pilotierung in den Modellregionen – Franken, Hamburg und Umgebung sowie Teile Nordrhein-Westfalens – habe wertvolle Erkenntnisse gebracht, aus denen sich drei Prinzipien für den bundesweiten Rollout ableiten ließen.

Erstens seien mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt worden, die einen deutschlandweiten Einsatz ermöglichten. Zweitens hänge die Nutzbarkeit der ePA „stark von den jeweilig eingesetzten Systemen ab“ und die Einführung der elektronischen Patientenakte solle über einen Zeitraum gedacht werden, in dem die Nutzung kontinuierlich steige. Drittens seien positive Nutzererfahrungen „der Treiber der ePA in der Versorgung“ und Leistungserbringende sollten in der Einführungsphase nicht für Umstände unter Druck geraten, die sie nicht zu verantworten hätten.

Elektronischer Medikationsplan kommt später

Nicht alle Beteiligten im Gesundheitswesen sind von der sogenannten „Hochlaufphase“, die Ende April startete, überzeugt. *Dr. Jan-Niklas Francke*, Vorstand der Deutschen

Apothekerverbände (DAV), merkt auf der Website der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände e. V. (ABDA) an, dass sich der Gesundheitsminister „weder mit den Apothekerinnen und Apothekern, noch mit anderen gematik-Gesellschaftern im Vorfeld abgestimmt“ habe. Nun komme es insbesondere darauf an, dass „die notwendigen Softwaresysteme in den Apotheken installiert und in Betrieb gesetzt werden“, so *Francke*. Selbst dann könnten Apotheken jedoch nur auf die elektronische Medikationsliste (eML) zugreifen. Der elektronische Medikationsplan (eMP) wiederum könne erst in späteren Ausrollphasen aktiv befüllt werden.

Die IT-Sicherheitsexpertin *Bianca Kastl* bezweifelte gegenüber dem Portal netzpolitik.org, dass die Sicherheitslücken der ePA komplett beseitigt seien. Die angekündigten Updates seien „grundsätzlich ungeeignet, um die aufgedeckten Mängel in der Sicherheitsarchitektur auszugleichen“.

Kastl selbst hatte diese Mängel im Rahmen des Kongresses 38C3 im Dezember 2024 aufgedeckt: Mit ihrem Kollegen *Martin Tschirsich* hatte sie einen Hackerangriff auf die elektronische Patientenakte gefahren und dabei ihrer Aussage nach auf Gesundheitsdaten zugreifen können. BMI, gematik und BSI hatten daraufhin reagiert und die IT-Schwachstellen der ePA zu beseitigen versucht. Ob dies vollumfänglich gelungen ist, werden die kommenden Monate zeigen.